



LiFo Oldenburg



@linkes-forum-oldenburg.de • **Folgen**

Analyse der Frauen- und Familienpolitik der AfD

Frauen können heute weitgehend ihre Lebensentwürfe selbst gestalten.

Das war nicht immer so. Erst in den letzten 150 Jahren ist es gelungen die starren Geschlechterrollen weitgehend aufzubrechen. Das Bild der emotionalen, rein triebgesteuerten Frau hat sich aufgelöst, ebenso das Bild des rationalen, harten Mannes, der Emotionen unterdrückt, Staat und Familie steuert. Schritt für Schritt haben sich die Frauen die gleichberechtigte Teilhabe erstritten.

Der Zugang von Frauen zu Hochschulen wurde zwischen 1900 und 1909 ermöglicht.

Das Allgemeine und passive Wahlrecht für Frauen wurde 1918 eingeführt. Nach und nach wurde abgeschafft, dass Frauen die Genehmigung ihres Ehemannes brauchten, wenn sie den Führerschein machen wollten (BRD 1958), ein eigenes Konto eröffnen oder eine Arbeit aufnehmen wollten (BRD 1958). Seit 1969 sind Frauen voll geschäftsfähig. 1977 wurde durch die Reform des Ehe- und Familienrechts die vorgeschriebene Aufteilung in der Ehe (Frau Haushalt, Mann Beruf) abgeschafft. 1994 wurde das Gleichberechtigungsgesetz erlassen, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern soll. Das Bundesgleichstellungsgesetz (2015) führte zu einem deutlichen Anstieg des Anteils von Frauen, gerade in leitenden Positionen.

2017 beschloss der Bundestag das Gesetz zur Ehe für alle.

Gleichgeschlechtliche Paare werden in der Ehe heterosexuellen Paaren weitgehend gleichgestellt. Seit 2024 können Männer oder Elternteile eines Geschlechts eine bezahlte Babypause machen.

Die AfD strebt ein Bild von Frauen und Männern an, das viele dieser Errungenschaften gefährdet.

Das Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2025 ist im Bereich Familien- und Geschlechterpolitik verschleiern und vage verfasst. Bei genauer Analyse lässt sich jedoch erkennen: Familien-, Bildungs- und Gleichstellungspolitik sind ein massiver Angriff auf errungene Erfolge in der Emanzipation- und Gleichstellung der Geschlechter.

Frauenpolitik wird überwiegend im Rahmen der Familienpolitik abgehandelt, Frauen ausschließlich in ihrer Rolle als Mütter gesehen. Ideen zur Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft fehlen. Genderpolitik wird abgelehnt. Berufliche Förderungen von Frauen etwa über Quoten wird abgelehnt. Das Instrument der Gleichstellungsbeauftragten soll abgeschafft werden.

Die Basis des Staates soll die traditionelle Familie sein, bestehend aus Vater, Mutter, Kind. Weitere Lebensformen mit Kindern werden zwar toleriert, jedoch als minderwertig betrachtet. Dieses Familienbild soll bereits in Kindergarten und Schule als fester Bestandteil der Bildung vermittelt werden.

Die Anzahl an Geburten soll gesteigert werden durch fördernde Maßnahmen, wie ein Geburtenbonus (sog. Rückzahlung) von 20 000 Euro pro Kind und ein sog. Elterngeld, wenn die Kinder zu Hause betreut werden. Beides geht zu Lasten der Rentenkassen. Beides bevorzugt besser verdienende Eltern.

Abtreibung als Menschenrecht wird abgelehnt und soll nur unter erschwerten Bedingungen straffrei sein.

Die Geschlechter werden auf ihre „biologische Basis“ reduziert.

Es wird ein binäres Geschlechtermodell vertreten, dessen Grundlage Sexismus und LSBTI-Feindlichkeit ist. Den Frauen wird „Intuition, Sanftmut und Hingabe“ den Männern „Wehrhaftigkeit, Weisheit und Führung“ zugeordnet (Höcke S. 115) „Männer und Frauen sind in ihrem Wesen fundamental verschieden und ergänzen sich nur in der heterosexuellen Ehe“. Akzeptiert wird nur, dass es „einige wenige (biologische) Ausnahmen“ gibt. Das Selbstbestimmungsgesetz wird abgelehnt (WP 2025, Zeile 2769).

Analyse im Einzelnen



Familienpolitik

Die AfD sieht Frauen vor allem in der Rolle als Hausfrau und Mutter. So wurde in der *Magdeburger Erklärung zur Frühsexualisierung, 2016* festgelegt: „Nur die „traditionelle Familie“, (d. h. Vater, Mutter, Kind) gehören zum „Kern der deutschen Leitkultur“.

Diese Auffassung vertritt die Partei auch in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025. Andere Lebensformen wie etwa Patchworkfamilien, alleinerziehende oder gleichgeschlechtliche Eltern werden als minderwertig gegenüber der traditionellen Familie gesehen. Dies geht an der Realität vorbei. Ca. 30 % aller Kinder in Deutschland leben in nicht konventionellen Familienformen (Zensus 2022).

Die Familienpolitik der AfD wirkt sich auch restriktiv für Männer aus. Ihnen wird die gleichberechtigte Teilnahme an Familien- und Erziehungsarbeit (Sorgearbeit) abgesprochen. Höcke betont in dem Buch *Nie zweimal in den*

selben Fluss (2018), der deutsche Mann müsse wieder wehrhaft und zupackend sein, denn „unsere (deutsche) Zukunft hängt auch an der Frage der männlichen Ehre und Würde“ (S.112).

Wir fordern eine gleichberechtigte Behandlung von Lebensformen mit Kindern auch außerhalb der traditionellen Familie.

Kinder, Familienpolitik

Die Geburtenrate in Deutschland sinkt in den letzten Jahren deutlich (<https://destatis.de>) und liegt unter dem Niveau zum Erhalt der Bevölkerungsdichte. Für die AfD droht damit, ganz im völkischen Denken, die Gefahr eines „Kulturabbruches“ (WP 2025, Zeile 2664). Dieser Gefahr setzt die AfD eine „aktivierende Familienpolitik“ entgegen. Dazu gehört die Erhöhung der Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung über eine Gebärprämie („Rückzahlung“ genannt) von 20 000 Euro pro Geburt eines Kindes. Diese Prämie solle ausgezahlt werden, wenn zuvor bereits ein Betrag dieser Höhe in die Rentenkassen eingezahlt wurde. Es könne auch eine nachträgliche Anrechnung auf zukünftige Rentenbeiträge erfolgen. Ebenso sollen Familienmitglieder (auch Großeltern), die Kinder pflegen, ein „Betreuungsgehalt“ in Höhe des letzten Nettolohns erhalten. Beide Maßnahmen gehen zu Lasten der Rentenkassen. Beide Maßnahmen benachteiligen Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen. Beide Maßnahmen fördern die Altersarmut insbesondere der Frauen.

Wir sind gegen eine Gebärprämie. Wir fordern eine Ausweitung der staatlichen Kinderbetreuung, die insbesondere Geringverdienende unterstützt und Rentenkassen nicht plündert.

Einen weiteren Grund für den Geburtenrückgang sieht die AfD in der ungenügenden Versorgung mit KITA- und Kindergartenplätzen. Dieser Mangel ist real und muss dringend behoben werden. Dem setzt die AfD ein Förderprogramm entgegen, das häusliche Kinderbetreuung in den ersten drei Jahren stärken soll. Betrachtet man den Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen, wird klar, dass diese Maßnahme Frauen benachteiligt und animiert, Hausfrau zu werden, denn aktuell verdienen Frauen ca. 18 % weniger Stundenlohn als Männer. Betrachtet man die gesamte Arbeitssituation, den sog. Arbeitsmarkt-Gap, so sind es sogar 30 % (<https://destatis.de>). Ein Grund ist die ungleiche Aufteilung der unbezahlten Sorgearbeit (<https://www.boeckler.de>). Das Programm der AfD verstärkt diese Ungleichheit ganz im Sinne einer Ideologie gegen arbeitende Mütter.

Bildung, Schule und Kita

Gesellschaftliche Vielfalt gehört zum heutigen Alltag. Schule muss darauf vorbereiten. Dazu gehört auch eine unaufgeregte Thematisierung von LSBTI. Die AfD lehnt dies ab und setzt das traditionelle Geschlechterbild dagegen. Als Maßnahme für die Stabilisierung des traditionellen Familien-

bildes und gegen den „Kulturabbruch“ fordert die AfD, dass Kinder in der Schule zu Ehe, Partnerschaft und Familienzusammenhalt unterrichtet werden. Dazu heißt es in der *Magdeburger Erklärung zur Frühsexualisierung* (2016): „Wir bekennen uns zu einem Schulunterricht, der auch die Botschaft vermittelt, dass nicht Triebbefriedigung, sondern eine intakte Familie primäres Ziel sein sollte.“ Kinder und Jugendliche sollen also dazu angehalten werden, ihr Glück in der Vater-Mutter-Kind-Familie zu suchen und damit auch „dem Erhalt unseres Volkes, unseres Staates und unserer Nation“ zu dienen. Damit setzt die AfD ein deutliches Zeichen gegen eine offene Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Sie strebt eine Einengung der Sexualpädagogik und möglicher Lebensentwürfe an. Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 heißt es: Die „Sexualpädagogik der Vielfalt versucht Kinder in Bezug auf ihre sexuelle Identität zu verunsichern und Geschlechterrollen aufzulösen“. Ganz im Gegenteil: Der aktuelle Sexualekundeunterricht in Schulen soll einen Beitrag zum verantwortungsvollen Umgang mit Sexualität sowie zur Verhinderung von Missbrauch und Gewalt im Geschlechterverhältnis leisten.

Wir fordern eine angstfreie Thematisierung von Geschlechterrollen und den damit verbundenen Lebensentwürfen. Es darf kein Rückschritt hin zu Ausgrenzung nicht heterosexueller Lebensformen geben, ebenso keine Diffamierung von Lebensformen, die nicht der traditionellen Familie entsprechen.

Abtreibung und Paragraph 218

1871 wurde der Paragraph 218 in das Strafgesetzbuch aufgenommen und 1949 fast unverändert in das Grundgesetz der BRD übernommen. In der DDR 1950 in der BRD 1974 teilweise liberalisiert. Im Jahr 2022 wurden ca. 1/8 aller Schwangerschaften abgebrochen. Seit Bestehen des Paragraphen wird er vor allem von Frauen mit wechselndem Erfolg bekämpft. Im April 2024 forderten Abgeordnete im Europaparlament, das Recht auf Abtreibung in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zu verankern. Aktuell ist Abtreibung grundsätzlich strafbar, aber aufgrund einer „Nichtverwirklichungsklausel“ strafrechtlich nicht verfolgt, wenn a) eine anerkannte Beratungsstelle aufgesucht wurde und b) die Abtreibung innerhalb von 12 Wochen stattfindet. Bei Lebens- und Gesundheitsgefahr ist die Abtreibung nicht strafbar. Die AfD will Abtreibungen erschweren und einschränken. Sie lehnt Bestrebungen ab, Abtreibung zu einem Menschenrecht zu erklären. Als abschreckende Maßnahme soll „in der Schwangerschaftskonfliktberatung den Müttern Ultraschallaufnahmen des Kindes gezeigt werden“ (WP 2025, Zeile 2752).

Die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht. Sie gehört ins Grundgesetz aufgenommen. Eine bedingungslose Fristenlösung ohne Hindernisse ist notwendig.

Gender- und Gleichstellungspolitik

Die AfD lehnt Gender- und Gleichstellungspolitik ab. Im Wahlprogramm von 2017 heißt es: „Wir lehnen daher Bestrebungen auf nationaler wie internationaler Ebene ab, diese Ideologie (gemeint ist „Gender-Ideologie“) durch Instrumente wie Gender-Studies, Quotenregelungen z.B. für Frauen, Propagandaaktionen wie den ‚Equal Pay Day‘ oder die ‚geschlechterneutrale Sprache‘ umzusetzen“ (Wahlprogramm der AfD zum Deutschen Bundestag 2017, S. 40). Im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025 steht das nicht so explizit, ist jedoch unverändert die Position. Die entsprechenden Positionen finden sich an verschiedenen Stellen.

Im Abschnitt „Hochschulsystem und Wissenschaft“ (WP 2025, Zeile 3005ff) fordert die AfD: „Durch politische Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und anderen Quoten erzeugter Zwang zur Nivellierung ist zu beenden.“ „Gleichstellungsbeauftragte sind abzuschaffen.“ Entgegen der Position der AfD würde die Abschaffung von Quotenregelungen und Gleichstellungsstellen eine langsame, aber stetige Gleichstellung von Frauen und Männern in akademischen Berufen und Führungspositionen gefährden. Neben anderen Faktoren haben Frauenförderpläne und Quotenregelung dazu geführt, dass der Anteil an Frauen in akademischen Berufen und Führungspositionen deutlich angestiegen ist. Ablesbar ist dies z. B. am Frauenanteil bei Promotionen (1986 ca. 25 %, 2008 ca. 42 %, siehe <https://destatis.de>).

Wir fordern Beibehaltung der Quotenregelung und der Frauenbeauftragten, bis 50 % der Stellen in gehobenen Positionen (nicht nur akademischer Berufe) durch Frauen besetzt sind. Ein Einbezug des Personenkreises LGBTQI in ein Förderprogramm ist ebenfalls notwendig.

Nachweis der Zitate

- *Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Staates* [zitiert als 1958].
- *S. Henning & B. Höcke (2018): Nie zweimal in denselben Fluss - B. Höcke im Gespräch mit S. Henning* [zitiert als Höcke].
- Entwurf des Wahlprogramms der AFD für die Bundestagswahl 2025 [zitiert als WP 2025].